

Im Namen Gottes und der Sowjetunion

[Kristina Stöckl](#)



Seit Juni findet sich in Russlands Verfassung eine fromme Bestimmung. Der »Glaube an Gott« ist ein neues verfassungsmäßiges Merkmal der Russischen Föderation. In Artikel 67 heißt es: »Die Russische Föderation, geeint durch eine tausendjährige Geschichte, bewahrt das Andenken an die Vorfahren, die dem Land Ideale und den Glauben an Gott überliefert haben.« Der Satz folgt interessanterweise auf den Passus: »Die Russische Föderation ist Rechtsnachfolgerin der UdSSR in ihrem Hoheitsgebiet.«

Die 78,56 Prozent Zustimmung im landesweiten Referendum galten wohl eher dem Hauptzweck der Verfassungsänderung, die darin bestand, Putin zwei weitere Amtszeiten zu sichern. Doch die Verfassungsänderung hat eine große Bedeutung für die russisch-orthodoxe Kirche – und ihr Zustandekommen wirft ein bezeichnendes Licht auf den Kurs der Kirchenführung unter Patriarch Kirill. Dieser hatte den Wunsch nach Gott

in der Verfassung geäußert. Allerdings hätte er den Passus lieber in der Präambel erwähnt gesehen und nicht in einem Atemzug mit der atheistischen Sowjetunion zum Zwecke einer geschichtlichen Herleitung des russischen Staatswesens. Trotzdem dürfte er zufrieden sein. Denn der russisch-orthodoxen Kirche wurde mit der Verfassungsänderung noch eine ganze Reihe anderer Wünsche erfüllt. So schlug der Erzpriester Dmitrij Smirnow, der Leiter der Kommission für Familie, Mutterschaft und Kindheit des Moskauer Patriarchats, vor, in der neuen Verfassung »die besondere Rolle des russischen Volkes bei der Staatsbildung« zu würdigen. Er wolle zwar nicht leugnen, dass die vielen verschiedenen ethnischen Gruppen, die innerhalb Russlands lebten, ebenfalls eine wichtige Rolle in der russischen Geschichte gespielt hätten, aber eben nur das russische Volk sei »staatsbildend«. Noch schärfer brachte es der Bischof von Selenograd auf den Punkt: »Für die ganze Vielfalt der Kulturen und Traditionen Russlands kann das Russische mit dem Skelett verglichen werden, auf dem die Venen und Muskeln aufgebaut sind und halten. Und ohne Skelett verwandelt sich der Körper in eine amorphe, unorganisierte, zwiespältige Masse.« Die Autoren der Verfassungsänderung griffen diese Steilvorlage auf. Der neue Artikel 68 lautet: »Die offizielle Sprache der Russischen Föderation auf ihrem gesamten Territorium ist Russisch als die Sprache des staatsbildenden Volkes, das Teil der multinationalen Union der gleichberechtigten Völker der Russischen Föderation ist.«

Nur Russen sind »staatsbildend«

Die dritte Idee wurde von dem konservativen orthodoxen Oligarchen Konstantin Malofejew in die Debatte eingebracht. Die russische Verfassung sollte die Ehe als Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau definieren, um so eine Hürde gegen die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen zu schaffen. Das fand ein positives Echo beim Pressesprecher des Moskauer Patriarchats, Wladimir Legoida, welcher der kirchlichen Wunschliste noch einen vierten Punkt hinzufügte:

»traditionelle Familienwerte« sollten ebenfalls in der Verfassung verankert werden. Beide Ergänzungen fanden ihren Weg in die Verfassung.

Damit ist es der russisch-orthodoxen Kirche gelungen, ihre Prioritäten in der russischen Verfassung zu verankern. Doch welche Ideen und welche strategischen Ziele stehen hinter diesen Prioritäten? Die vier Punkte des Moskauer Patriarchats weisen alle in dieselbe Richtung: Die russisch-orthodoxe Kirche bleibt bei ihrem engen Bündnis mit dem Staat und verstärkt dieses sogar noch. Der Glaube an Gott als Merkmal des russischen Staatswesens, die Vorrangstellung der russischen Volksgruppe und eine verfassungsmäßige Definition von Familie, die möglichen Korrekturen durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verbaut – all das sind Indizien, dass die Kirche ihre Zukunft und ihr Heil mit Putin sieht.

Die Konsequenzen dieses Schulterschlusses zeigen sich derzeit weniger in Russland selbst als vielmehr an den Rändern der russischen orthodoxen Welt. Eine nationale russische Kirche ist ein klarer Bruch mit dem Kurs, den das Moskauer Patriarchat seit dem Zerfall der Sowjetunion gepflegt hat. In den vergangenen drei Jahrzehnten kommunizierte das Moskauer Patriarchat ein transnationales Selbstverständnis und das Bild einer transnationalen Kirche, deren kirchenrechtliche und kulturelle Verbindungen über die Grenzen der Russischen Föderation hinausreichen bis nach Belarus, in die Ukraine, Estland, Finnland, Georgien, Moldawien und andere Teile der Welt. Der Begriff der »russischen Welt« (Russki Mir) war in erster Linie ein zivilisatorisches Konzept, eines, das über nationalstaatliche Grenzen und ihre jeweiligen politischen Regime hinausreicht, also das genaue Gegenteil der Idee eines Nationalstaates. Hinter *Russki Mir* stand – zumindest theoretisch – die Idee, dass die russisch-orthodoxe Kirche in verschiedenen Ländern und unterschiedlichen politischen Realitäten existieren könnte.

Doch diese Idee begann zu bröckeln, als Russland 2014 die Krim

annektierte und in der Ostukraine ein Krieg ausbrach. Die Reaktion des Moskauer Patriarchen war ambivalent. Dabei hätte die Ukraine ein Beispiel dafür werden können, dass die russisch-orthodoxe Kirche bereit und sogar in der Lage ist, in verschiedenen, sogar gegensätzlichen politischen Realitäten zu existieren. Doch der enge Schulterschluss zwischen Putin und Kirill bewirkte das Gegenteil. Die Ergebnisse sind bekannt. Mit der Loslösung eines Teils der orthodoxen Kirche der Ukraine aus dem rechtlichen Hoheitsgebiet (Jurisdiktion) des Moskauer Patriarchats im Jahr 2018 ist das transnationale Projekt der russischen orthodoxen Kirche weitgehend gescheitert.

Fresken von Putin und Stalin

Wenn man die Rolle der Kirche bei der russischen Verfassungsänderung verstehen will, muss man dieses Scheitern betrachten. Die Rede von den Russen als dem »staatsbildenden Volk« vermittelt einen ethno-linguistischen Nationalismus, der im Gegensatz zur transnationalen Strategie des Moskauer Patriarchats der letzten Jahrzehnte steht. Die Errichtung einer monumentalen »Kathedrale der Streitkräfte« am Stadtrand von Moskau (vgl. *Publik-Forum* 10/20, S. 43) symbolisiert diesen Wandel augenfällig. Die Militärkathedrale erinnert an den Sieg der Sowjetunion über Nazideutschland. Der ursprüngliche Plan für das Kircheninnere sah ein Fresko von Putin und anderen führenden Politikern zum Gedenken an die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Jahr 2014 vor. Auch wenn die kontroverse Berichterstattung am Ende zur Entfernung dieser Abbildungen führte, so zeigt der Vorgang doch auf hoch symbolische Weise die Entwicklung der russisch-orthodoxen Kirche zu einer russischen Nationalkirche.

Was bedeutet dies für die aktuellen Ereignisse in Belarus? Seit Wochen protestieren wütende Bürger gegen die offensichtlich irreguläre Wiederwahl von Präsident Lukashenko. Die belarussische orthodoxe Kirche unter der Leitung des Metropoliten von Minsk untersteht dem

Moskauer Patriarchat. Die Mehrheit der 9,5 Millionen Belarussen sind (zumindest nominell) orthodoxe Christen, etwa 15 Prozent sind katholisch. Während der katholische Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz sich rasch auf die Seite der Protestierenden stellte (und dafür von den Behörden nach einem Auslandsaufenthalt an der Wiedereinreise gehindert wird), zögerte die belarussische orthodoxe Kirche mit einer Stellungnahme.

Das Gratulationsschreiben des Patriarchen von Moskau an Lukashenko war schon verschickt, als Metropolit Pavel von Minsk vorsichtige Kritik an der massiven Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte gegen die Protestierenden äußerte. Daraufhin wurde er kurzerhand Ende August von der Synode an einen anderen Bischofssitz in Russland versetzt. An seine Stelle trat Metropolit Benjamin, der sich beeilte zu versichern, die belarussische orthodoxe Kirche werde in dem aktuellen Konflikt »neutral« sein.

In Belarus zeigt sich, wie bereits zuvor in der Ukraine, dass die russische orthodoxe Kirche unter der Leitung von Kirill nicht in der Lage ist, als Institution solidarisch und einig mit der Gesellschaft zu handeln und auf Distanz zu einem Staat zu gehen, der den Willen des Volkes nicht respektiert. Im Gegenteil. Einzelne Priester, die sich gegen staatliche Gewalt und für mehr Demokratie aussprechen, werden von der Kirchenhierarchie gemaßregelt. Das sind keine guten Aussichten, weder für die Gläubigen in Belarus noch für die russisch-orthodoxe Kirche, die sich sehenden Auges in eine immer tiefere Abhängigkeit vom Staat manövriert. Aber immerhin hat dieser Staat jetzt Gott in der Verfassung – gleich nach der Sowjetunion.